

Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes im Saale-Holzland-Kreis (RL JJJ/SHK) vom 22.02.2021

(Auf Grundlage des Beschlusses JHA 52-08/21 des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Saale-Holzland-Kreises vom 26.01.2021)

1. Allgemeine Grundsätze

I. Ziel und Zweck der Förderung

Ziel und Zweck der Förderung ist der Aufbau und die Sicherung von Angeboten in den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, schulbezogenen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Kinder- und Jugendschutz im Saale-Holzland-Kreis unter Berücksichtigung der Vielfalt und Eigenständigkeit der Träger von Einrichtungen, Maßnahmen, Veranstaltungen und Diensten. Durch Fördermaßnahmen soll die Umsetzung des Jugendförderplans entsprechend der Ziele der §§ 1 Abs. 3, 11-15 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in Verbindung mit §§ 16-18 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG) gesichert sowie insbesondere der Ausbau präventiver Angebote unterstützt werden.

II. Rechtsgrundlagen

Die Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, schulbezogenen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Kinder- und Jugendschutz erfolgt nach §§ 74 und 79 (2) SGB VIII in Verbindung mit den §§ 11 – 14 SGB VIII sowie den §§ 16 und 18 des ThürKJHAG.

Grundlagen dafür bilden weiterhin:

- Jugendförderplan des Saale-Holzland-Kreises
- die Beschlüsse des Kreistages sowie des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Saale-Holzland-Kreises
- §§ 7, 8, 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) in Verbindung mit der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (ThürGemHV)
- im Rahmen der im gültigen Haushaltsplan des Saale-Holzland-Kreises veranschlagten Mittel nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der gültigen Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“
- §§ 2 und 87 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Der örtliche Träger der Jugendhilfe entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

III. Zuwendungsempfänger und -voraussetzungen

Zuwendungsempfänger können nach § 75 SGB VIII anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Vereine, Schulfördervereine und Jugendinitiativen sein, welche die Voraussetzungen entsprechend § 74 Abs. 1 SGB VIII erfüllen und im Kreisgebiet tätig sind. Gefördert werden Maßnahmen, Projekte und Einrichtungen, deren Ziele und Inhalte sich an Kinder, Jugendliche und junge Volljährige im Alter von 10 bis unter 27 Jahren wenden, die ihren Wohnsitz im Saale-Holzland-Kreis haben.

IV. Allgemeine Voraussetzungen

Die Zuwendungen sind an folgende allgemeine Voraussetzungen geknüpft:

- der Antragsteller/Träger muss gemeinnützige Ziele verfolgen,
- die Maßnahme muss dem Bedarf nach dem Jugendförderplan entsprechen,
- die Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss gesichert sein,
- der Antragsteller/Träger muss die Gewähr für eine zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten,
- die Maßnahme muss einen angemessenen Eigenanteil beinhalten, berücksichtigt werden u. a. Eigenmittel des Antragstellers/Trägers auch in Form von Sachmitteln, Teilnehmergebühren, maßnahmegebundenen Spenden und Eigenleistungen,
- die Zuwendung darf nicht zur Überfinanzierung der Maßnahme führen, insbesondere durch den gleichzeitigen Einsatz von Landes- bzw. Bundesmitteln und mehrfache Beantragung von Kreismitteln.

Der Antragsteller bzw. Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, diese Richtlinie, die Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie die Besonderen Nebenbestimmungen (Bestandteil des Zuwendungsbescheides) des Saale-Holzland-Kreises anzuerkennen.

V. Verfahren

5.1. Antragstellung/ - verfahren

Alle Fördermittel werden **nur auf einen schriftlichen Antrag** gewährt. Wenn in den einzelnen Punkten dieser Richtlinie kein besonderer Termin angegeben ist, sind die Förderanträge in der Regel **6 Wochen vor** der/des geplanten Maßnahme/Projektes bei der Verwaltung des Jugendamtes einzureichen. Dem schriftlichen Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- ein Kosten- und Finanzierungsplan
- eine Aufstellung Finanz- und Fördermittel von Dritten
- eine Angabe von Eigenmitteln und Rücklagen
- eine Maßnahme-/Projektbeschreibung

5.2. Entscheidungsbefugnis

Die Verwaltung des Jugendamtes bearbeitet die Anträge und legt dem Landrat, entsprechend § 107 der Thüringer Kommunalordnung einen Vorschlag zur Genehmigung bzw. Beschlussfassung vor.

Über die Bewilligung bzw. Ablehnung der beantragten Fördermittel entscheidet die Verwaltung des Jugendamtes nach pflichtgemäßen Ermessen **bis zu einem Betrag von 2.500,00 €** selbst. Auf der Grundlage dieser Entscheidung erstellt das Jugendamt einen Zuwendungs- bzw. Ablehnungsbescheid.

Ab 2.500,00 € trifft der Jugendhilfeausschuss des Kreistages Saale-Holzland-Kreis nach dieser Richtlinie die Entscheidung.

5.3. Auszahlung und Verwendungsnachweis

Die Auszahlung einer Zuwendung ist erst nach Eingang der Rechtsbehelfsverzichtserklärung bzw. nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist und bei Vorliegen eines rechtsverbindlich unterschriebenen Mittelabruf möglich. Die Vordrucke zur Erklärung und zum Mittelabruf, die dem Zuwendungsbescheid des Jugendamtes beigelegt sind, sind zu verwenden.

Die Auszahlung und Bewirtschaftung der Zuwendung hat grundsätzlich nur über das vom Antragsteller/ Zuwendungsempfänger genannte **Geschäftskonto** zu erfolgen. Eine Überweisung auf Privatkonten ist ausgeschlossen.

Der Verwendungsnachweis ist nach Beendigung der Maßnahme entsprechend der Vorgaben des Zuwendungsbescheides zu erbringen.

Die Bestimmungen der Ziffer 5 finden Anwendung, soweit im Teil „Besondere Grundsätze der Förderung“ nichts anderes geregelt ist.

2. Besondere Grundsätze der Förderung nach der gültigen Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“

2.1. Aufgaben entsprechend dem Jugendförderplan des Saale-Holzland-Kreises

- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- arbeitswelt- und familienbezogene Jugendarbeit
- Kinder- und Jugendberufshilfe
- Jugendberufshilfe
- Erschließen von neuen Lern- und Experimentierfeldern, vor allem in der Jugendsozialarbeit
- Zusammenarbeit der vorhandenen Strukturen der Jugendarbeit, regionsübergreifende Maßnahmen
- Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe, sozialem Lernen, Chancengleichheit und Identitätsbildung
- Prävention und Hilfen zur Orientierung und Beratung
- Interessenvertretung der Jugendlichen
- Förderung von Kompetenzen der Jugendlichen
- Schaffung von Raum für Partizipation und Mitbestimmung
- Bedarfsorientierte Angebote
- Förderung des Ehrenamtes

2.2. Gegenstand der Förderung

Für hauptamtliche Fachkräfte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wird ein Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten gewährt.

⇒ Siehe dazu Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ des Freistaates Thüringen in der jeweils gültigen Fassung sowie die entsprechenden Auslegungshinweise des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

Die Planung und Durchführung dieser Aufgaben ist mit dem Landkreis als örtlichen Träger der Jugendhilfe abzustimmen. Es werden vorrangig die Projekte Berücksichtigung finden, die im Jugendförderplan des Saale-Holzland-Kreises enthalten sind.

2.3. Anforderungen an die Fachkräfte

Grundsätzlich sind die „Fachlichen Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses“ gemäß Beschluss des LJHA Thüringen vom 04. März 2013, Beschluss Reg-Nr. 86/13, einzuhalten.

Die „Umsetzung des Fachkräftegebotes in den über die Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ bezuschussten Projekten“ mit Stand vom 06. Juni 2012 nach Beschluss LJHA des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit (jetzt Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) finden dafür Anwendung.

Ergänzend sind ehren- und nebenamtliche MitarbeiterInnen zur Erweiterung der Angebotsstruktur tätig. Ehrenamtliche und Nebenamtliche als personelle Ergänzung sollen mindestens auf Basis der Jugendleiter-Ausbildung qualifiziert sein. Die Dienst- und Fachaufsicht ist durch den Anstellungsträger zu gewährleisten.

Eine Kooperation und Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ist für die Entwicklung einer vielfältigen und bedarfsorientierten Angebotsstruktur erforderlich.

Für hauptamtlich Beschäftigte in der Kinder- und Jugendarbeit ist entsprechend § 72 a SGB VIII ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Bundeszentralregistergesetz –BZRG- in regelmäßigen Abständen von 5 Jahren vorzulegen.

Es ist zu empfehlen, dass regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommende Ehrenamtliche ein Führungszeugnis nach § 30 BZRG vorlegen.

Über jede **personelle Veränderung** ist das Jugendamt **unverzüglich** zu informieren. Eine Neubesetzung dieser Stelle ist nur mit vorheriger Zustimmung des Jugendamtes möglich.

2.4. Pädagogisches Material für die Jugend- und Jugendsozialarbeit

Zum Material für die pädagogische Arbeit gehören insbesondere:

- Spiel- und Sportgeräte
- Bastel- und Verbrauchsmaterial
- audio, visuelle und technische Geräte und Zubehör, sofern sie von allen Jugendlichen genutzt werden können und nicht Einzelpersonen vorbehalten sind
- Gesellschaftsspiele und Bücher
- Materialien, die der spezifischen Prägung der antragstellenden Jugendgruppe entsprechen

Die Anschaffung und Erhaltung von Materialien für die pädagogische Arbeit kann mit bis zu 75% der zuwendungsfähigen Kosten bezuschusst werden.

Ausnahme: Das Budget der Jugendkompetenzzentren (JUKOMS) von 2.500 € dient der gemeinsamen Verwendung für trägerübergreifende Projekte in der Planungsregion sowie im kreisweiten Wirkungskreis. Die Förderung beträgt hier 100% der anerkennungsfähigen Kosten.

Gegenstände, die zur Erfüllung des Projektzwecks erworben oder hergestellt werden, sind zweckentsprechend zu verwenden und sorgfältig zu behandeln.

Grundsätzlich gilt für die Anschaffung einzelner Gegenstände die Grenze von 800,00 € (netto, ohne Umsatzsteuer). Sollten einzelne Anschaffungen diese übersteigen, sind vorab mindestens drei Kostenangebote einzuholen und dem Zuwendungsgeber vorzulegen.

2.5. Betriebskosten

Träger von Einrichtungen der Jugendarbeit können Zuschüsse zu den Betriebskosten erhalten.

Folgende Betriebskosten werden gefördert:

- Miete/Pacht
- Energie, Wasser
- Heizkosten
- Pflichtversicherungsbeiträge
- Grundsteuer
- Gebühren
- Angemessene Telefonkosten
- Verbrauchsmaterialien (z.B. Putzmittel, Toilettenpapier, etc.)

Gefördert werden max. 50 % der gesamten jährlichen Betriebskosten.

Bei der Antragstellung ist ein Mietvertrag bzw. Eigentumsnachweis für die Einrichtung vorzulegen.

2.6. Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist gemäß Punkt 6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen für Projektförderung (ANBestP) in ihrer gültigen Fassung zu führen und bis zum 31.03. des jeweiligen Folgejahres zu erbringen.

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen. In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit demwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben enthalten.

Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, die zugehörigen Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen im Original durch örtliche Erhebungen zu prüfen.

Weiterhin ist die Bewilligungsbehörde berechtigt zur Prüfung Bücher, Belege und Unterlagen auf Verlangen im Original anzufordern oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

3. Besondere Grundsätze der Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes im Saale-Holzland-Kreis

- I. Förderung von hauptamtlichem Personal in der Jugend- und Jugendsozialarbeit
- II. Förderung von Maßnahmen/Projekten im Sinne der §§ 11-13 SGB VIII
- III. Pädagogisches Material für die Jugend- und Jugendsozialarbeit
- IV. Betriebskosten
- V. Internationale Begegnungen
- VI. Veranstaltungen zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz gemäß § 14 SGB VIII
- VII. Förderung von Projekten der Schuljugendarbeit

I. Förderung von hauptamtlichem Personal in der Jugend- und Jugendsozialarbeit

1.1. Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind Personalkosten in Einrichtungen, die über die Richtlinie Örtliche Jugendförderung nicht bezuschusst werden.

Berücksichtigung finden pädagogische Kräfte sowie geeignete Personen, die anteilig bereits durch die Arbeitsagentur, das Jobcenter, kommunale Mittel oder über sonstige Richtlinien oder Förderprogramme bezuschusst werden.

1.2. Förderhöhe

Das Jugendamt kann den erforderlichen Eigenanteil des Trägers bzw. anfallende Restpersonalkosten ganz oder teilweise übernehmen.

1.3. Verfahren

Der Antrag des Trägers ist spätestens bis zum 30. September des laufenden Jahres für das Folgejahr bei der Verwaltung des Jugendamtes einzureichen. Nur fristgerechte Anträge können im Verfahren berücksichtigt werden.

Dem Antrag ist eine Projektbeschreibung mit folgendem Inhalt beizufügen:

- Zielgruppe
- Absichten, Ziele, Methoden

- Kosten- und Finanzierungsplan
- ggf. namentliche Benennung der Teilnehmer mit Angabe des Wohnortes und des Alters

II. Förderung von Maßnahmen/Projekten im Sinne §§ 11-13 SGB VIII

2.1 Gegenstand der Förderung

Es können Einzelmaßnahmen und Gruppenprojekte gefördert werden.

2.2. Maßnahmen gem. § 11 SGB VIII:

Eine Projektförderung wird gewährt insbesondere für:

- Maßnahmen, die den Abbau geschlechtsspezifischer und sozialer Benachteiligungen in der Gesellschaft fördern und
- erlebnispädagogische Projekte
- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit
- internationale Jugendbegegnungen
- Kinder- und Jugendberufshilfe
- Jugendberufshilfe
- Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe, sozialem Lernen, Chancengleichheit und Identitätsbildung
- Prävention und Hilfen zur Orientierung und Beratung
- Gewinnung und Betreuung von ehrenamtlichen Mitarbeitern
- Erschließen von neuen Lern- und Experimentierfeldern, vor allem in der Jugendsozialarbeit
- Bedarfsorientierte Angebote
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement

2.2.1. Förderhöhe

Für die Durchführungen von Freizeiten und Projekten kann pro Teilnehmer ein maximaler Betrag von 5,00 € gewährt werden. Dies dient der Finanzierung einzelner Bestandteile innerhalb der Projekte bzw. einzelner Veranstaltungen während der Freizeiten.

2.2.2. Verfahren

Eine Teilnehmerliste ist dem Verwendungsnachweis für Projekte oder Freizeiten beizufügen. Ebenso ist den TeilnehmerInnen ein Eigenanteil zu berechnen und dem Amt nachzuweisen.

Voraussetzung für die Förderung ist der Erstwohnsitz des jungen Menschen im Saale-Holzland-Kreis.

2.3. Maßnahmen § 13 SGB VIII:

Zu den Maßnahmen gehören:

- Maßnahmen, die zur sozialen Integration von jungen Menschen beitragen
- Maßnahmen sozialpädagogisch begleiteter Wohnformen
- Maßnahmen zur schulischen und beruflichen Ausbildung und zur Eingliederung in die Arbeitswelt
- Freizeitpädagogische Maßnahmen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen, welche im erhöhtem Maße Unterstützung benötigen

2.3.1 Förderhöhe

Ein Antrag auf Einzelfallhilfe muss vor Beginn der Maßnahme vom hilfebedürftigen Jugendlichen bzw. jungen Volljährigen selbst gestellt werden.

Anerkennungsfähige Kosten der Einzelmaßnahmen und Gruppenprojekte können bis zu 50 % bezuschusst werden.

2.3.2 Verfahren

Ein Eigenanteil ist den TeilnehmerInnen zu berechnen und dem Amt nachzuweisen. Dem Verwendungsnachweis ist eine Teilnehmerliste mit Anschrift der jungen Menschen beizufügen.

Voraussetzung für die Förderung ist der Erstwohnsitz des jungen Menschen im Saale-Holzland-Kreis.

III. Pädagogisches Material für die Jugend- und Jugendsozialarbeit

3.1 Gegenstand der Förderung

Zum Material für die pädagogische Arbeit gehören insbesondere:

- Spiel- und Sportgeräte
- Bastel- und Verbrauchsmaterial
- audio, visuelle und technische Geräte und Zubehör, sofern sie von allen Jugendlichen genutzt werden können und nicht Einzelpersonen vorbehalten sind
- Gesellschaftsspiele und Bücher
- Materialien, die der spezifischen Prägung der antragstellenden Jugendgruppe entsprechen

3.2 Förderhöhe

Die Anschaffung und Erhaltung von Materialien für die pädagogische Arbeit kann mit bis zu 75% der anerkennungsfähigen Kosten bezuschusst werden.

3.3 Verfahren

Bei Anschaffungen über 800,00 € sind mindestens drei Kostenangebote vorzulegen.

Pädagogische Materialien für Ferienfreizeiten können nicht gesondert unter diesem Punkt gefördert werden und sind unter dem Punkt II (*Gruppenprojekte*) zu beantragen.

IV. Betriebskosten

4.1 Gegenstand der Förderung

Träger von Einrichtungen der selbstverwalteten offenen Jugendarbeit können Zuschüsse zu den Betriebskosten erhalten, wenn sie eine kontinuierliche Kinder- und Jugendarbeit leisten.

Folgende Betriebskosten werden gefördert:

- Miete/Pacht
- Energie, Wasser
- Heizkosten
- Pflichtversicherungsbeiträge
- Grundsteuer
- Gebühren
- Angemessene Telefonkosten
- Verbrauchsmaterialien (z.B. Putzmittel, Toilettenpapier, etc.)

4.2 Förderhöhe

Gefördert werden max. 50 % der gesamten jährlichen Betriebskosten.

4.3 Verfahren

Bei der Antragstellung ist ein Mietvertrag bzw. Eigentumsnachweis für die Einrichtung vorzulegen.

V. Internationale Begegnungen

5.1 Gegenstand der Förderung

Internationale Begegnungen dienen dem interkulturellen Lernen durch persönliche Erfahrungen mit ausländischen Jugendlichen und damit der Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Sie müssen einem pädagogischen Anspruch genügen und dem Aufbau von Kontakten mit jungen Menschen anderer Nationalitäten dienen. Zielgruppe für internationale Begegnungen sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 – 27 Jahren.

5.2 Förderhöhe

Die Zuwendung erfolgt als Festbetragsfinanzierung, maximal 250,00 € pro Maßnahme.

5.3 Verfahren

Antragsberechtigt sind anerkannte Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände, Jugendgruppen und Schulen. Die Einladung bzw. Einladungsbestätigung der ausländischen Gruppe ist Bestandteil des Antrages. Entscheidendes Kriterium für die Gewährung einer Zuwendung ist das entsprechende Konzept, welches mit der Antragstellung vorgelegt wird.

Dem Verwendungsnachweis ist eine Teilnehmerliste mit Anschrift der TeilnehmerInnen beizufügen.

VI. Veranstaltungen zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz gem. § 14 SGB

6.1. Gegenstand der Förderung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz soll junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen, Kritikfähigkeit und Eigenverantwortung stärken sowie Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen herauszubilden.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen präventive Aufgaben, z.B. zu den Themenbereichen:

- Alkoholmissbrauch
- Drogenkonsum
- Übermäßiger und falscher Medienkonsum
- Spielsucht
- Mitwirken in gewaltbereiten Gruppen
- Gewalt in Familien
- Mitgliedschaft in Jugendsekten
- Eigenverantwortlicher Schutz vor AIDS
- Gefährdung durch Rauchen

Gefördert werden Veranstaltungen, wie z.B.

- Filmveranstaltungen / Theater
- Seminare, Vorträge
- Ausstellungen
- Kampagnen, Workshops

Voraussetzung für eine Förderung ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen des Kinder- und Jugendschutzes.

6.2 Förderhöhe

Gefördert werden max. 75 % der anererkennungsfähigen Kosten.

VII. Förderung von Projekten der Schuljugendarbeit

7.1 Zuwendungszweck

Zuwendungszweck ist die Schaffung und Stabilisierung von Angeboten der Schuljugendarbeit im Rahmen der Ganztagsbetreuung an Schulen. Die außerunterrichtlichen Angebote an niederschwelliger, freiwilliger und verlässlicher Jugendarbeit richten sich dabei grundsätzlich an die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule. Die Arbeitsgemeinschaften sollen während der Zeiten arbeiten, in denen auch regelmäßiger Schulbetrieb stattfindet.

7.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Projekte an Regelschulen, Gymnasien und in Ausnahmefällen an Förderschulen in Kooperation mit regionalen Partnern.

Förderfähige Maßnahmen sind dabei insbesondere:

- Freizeit- und erlebnispädagogische Angebote (z.B. Sport, Spiel, Kunst, Theater, Umwelt, Medien)
- Schülerprojekte mit sozialer Ausrichtung
- Angebote der Gewalt- und Suchtprävention
- Angebote der Berufsorientierung und –vorbereitung
- Angebote der praktischen Lebenshilfe
- Demokratieerziehung, politische Bildung

Förderfähige Ausgaben sind Sachausgaben. Nicht förderfähig sind Ausgaben für Unterricht einschließlich Vor- und Nachbereitung, Studien- und Schullandheimfahrten, Wandertage, Horte, Investitionen und Koordination.

Es sind nur Projekte förderfähig, an denen mindestens 5 Schüler teilnehmen.

7.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind gemeinnützige Träger, die entsprechende Projekte an Schulen durchführen.

7.4 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Der Gesamtbetrag wird an Hand der Schülerzahlen des Vorjahres auf die einzelnen Einrichtungen aufgeteilt. Die Höhe der möglichen Zuwendung für ein Einzelprojekt errechnet sich aus dem Gesamtbetrag geteilt durch die Gesamtschüleranzahl der teilnehmenden Schulen mal die Schülerzahl an der betreffenden Schule.

In jedem Fall ist eine Antragstellung vom Träger erforderlich.

7.5 Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden als Festbetrag gewährt.

Der Bewilligungszeitraum ist das jeweilige Haushaltsjahr.

Es kann für jede Schule nur ein Antrag bewilligt werden, wobei Träger von Projekten an mehreren Schulen einen gemeinsamen Antrag einreichen können und jeder Antrag mehrere Projekte beinhalten kann.

Zuwendungsfähige Ausgaben sind Sachkosten in Form von:

- Geräten, Spiel- und Arbeitsmaterialien
- Verbrauchsmaterialien bei Anschaffung max. 400,00 € je Gegenstand
- Honoraren bis zu 9,35 € pro Zeitzunde

7.6 Verfahren

Die Anträge können durch die Träger der Maßnahmen und Projekte bis zum 30. September des laufenden Jahres für das Folgejahr gestellt werden.

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen:

- a) das einheitliche Antragsformular mit Kosten- und Finanzierungsplan
- b) eine Kurzbeschreibung des Projektes (Konzeption mit Projektziel, Zielgruppe und beabsichtigte Maßnahme)
- c) eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und dem gemeinnützigen Maßnahmeträger

7.7 Antragsentscheidung

Das Jugendamt entscheidet entsprechend § 74 SGB VIII im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen die Höhe der Förderung.

7.8 Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist gemäß Punkt 6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBestP) als einfacher Verwendungsnachweis (Punkt 6. ANBestP) bis zum 31.03. des jeweiligen Folgejahres zu erbringen.

VIII. Schlussbestimmungen

Diese Förderrichtlinie tritt auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Saale-Holzland-Kreises am 22.02.2021 in Kraft und damit die bisherige RL JJJ/SHK vom 23.01.2020 außer Kraft.

Eisenberg, den 22.02.2021



Andreas Heller
Landrat

